

1. Vorsitzende Bürgerinitiative für ein modernes und umweltbewusstes Neunkirchen MUNK e.V..
Bettina Wittmann
Kreuzstraße 17
91077 Neunkirchen a.Br.



1. Vorsitzende BI Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal e.V.
Esther Schuck
Tennenloher Str. 41
91080 Uttenreuth



1. Sprecher IG Landwirte
Bernhard Kreissl
Brauereistraße 6
91077 Dormitz

**IG Landwirte Dormitz gegen
Umfahrung**

Sprecher Initiative der Grundstücksbetroffenen gegen die Westumgehung
Johannes Zöllner
Ebersbach 18
91077 Ebersbach

**Initiative der Grundstücks-
betroffenen gegen
die Westumgehung**

1. Vorsitzender BN Neunkirchen
Bernhard Birnfeld
Kreuzstraße 20
91077 Neunkirchen am Brand



An den
Bayerischen Staatsminister für
Wohnen, Bau und Verkehr
Dr. Hans Reichhart
Postfach 22 12 53
80502 München

Neunkirchen, 02.01.2019

Betr. Ortsumfahrungen Neunkirchen am Brand und Dormitz – Planungen einstellen

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Reichhart,

wir, ein Bündnis von Bürgerinnen und Bürgern aus den oben aufgeführten Bürgerinitiativen sowie einer Interessengemeinschaft von Landwirten und des BUND Naturschutz, gratulieren Ihnen zur Ernennung zum Minister.

Mit Freude haben wir registriert, dass Sie das Thema Verkehr als eine Zukunftsaufgabe sehen und den ÖPNV als ein Leitthema dieser Legislaturperiode bezeichnen. Sie wollen sich für eine rasche Einführung eines 365-Euro-Tickets einsetzen, was wir ebenfalls begrüßen.

In der Hoffnung, dass Sie neue Schwerpunkte in der Verkehrspolitik setzen werden, wenden wir uns mit einem dringenden Anliegen an Sie:

Wir bitten Sie, die Planfeststellungsverfahren und damit die Planungen für die Ortsumfahrungen Neunkirchen am Brand und Dormitz einzustellen.

Sie laufen schon seit Jahren, wohl auch wegen der hohen Einwendungsbeteiligung (Neunkirchen mehr als 1400/Dormitz fast 500).

Für die zwei benachbarten Ortschaften werden diese Umfahrungsstraßen bereits seit den 1960er-Jahren geplant. Sie standen ursprünglich verkehrstechnisch in Verbindung mit einer auf Erlangen ausgerichteten Umfahrung von Uttenreuth und Buckenhof. Diese Planungen hierfür existieren jedoch mittlerweile nicht mehr. Trotz Aufgabe der Umfahrung Uttenreuth/Buckenhof wird dennoch beharrlich an der Planung der beiden östlich liegenden Straßen weiter gearbeitet. Derart raumgreifende und flächenverbrauchende Umfahrungen (insgesamt ca. 50 Hektar) entsprechen nicht mehr den aktuellen Erkenntnissen zu Individualverkehr und Städteplanung. Außerdem ergeben sie aus ökologischer und ökonomischer Sicht keinen Sinn. Der Wunsch nach einer „anderen Verkehrspolitik“ spiegelt sich in der regen Beteiligung der Bürger bei den Einwendungen zu den Planfeststellungsverfahren wider. Schon gegen die Umfahrung Dormitz sprachen sich z.B. deutlich mehr Bürger aus, als Personen an der Ortsdurchfahrt wohnen. Hierunter befinden sich auch viele Landwirte mit ausschließlich klein strukturierten Betrieben, die ihre Existenz durch Landnahme von landwirtschaftlich hochwertigsten Böden akut bedroht sehen. Einige davon sind sogar Anlieger der Ortsdurchfahrten.

Die bisherige Verkehrspolitik versuchte durch immer neue Umfahrungsstraßen die eigentlichen Probleme zu umgehen und Staus zu verringern – was nachweisbar nicht zielführend war. Auch bei den genannten Projekten würden die neuen Straßen die Verkehrsprobleme nicht lösen, sondern nur verlagern. Der Preis, den die Natur und damit wir Bürger für diese Scheinlösung bezahlen sollen, ist aber viel zu hoch.

Gerade bei der Ortsumfahrung Dormitz gibt es eine zukunftssträchtige Alternative zum Individualverkehr – die Stadt-Umland-Bahn (StUB). Derzeit laufen bereits die Planungen für die Verlängerung der Straßenbahn von Nürnberg nach Erlangen und Herzogenaurach. Ein möglicher Ostast von Erlangen bis Neunkirchen am Brand wird aktuell auf seine Förderfähigkeit überprüft. Die StUB bietet einen höheren Fahrkomfort und deutliche Kapazitätsreserven. Dies führt im Vergleich zum Busverkehr zu gesteigerten Nutzerzahlen, wie es sich bei Straßenbahnprojekten immer wieder zeigte. Eine Straßenbahn ist eine erprobte und effiziente Form der Elektromobilität. Sie führt damit zur Verringerung von CO₂, NO_x und Feinstaub. Diese Alternative befürworten obendrein aktuell alle Bürgermeister der betroffenen Gemeinden von Buckenhof bis Eschenau/Gräfenberg. Geäußerte Mutmaßungen, dass gerade eine solche Straßenbahn durch Dormitz eine Umfahrung benötige, teilen wir nicht. Die StUB verwendet die schmalere Straßenbahnwagen Nürnbergs und kann so in einfacher Weise im Zwei-Richtungsverkehr der Straße mitschwimmen, bevorrechtigte Ein/Ausschleusssysteme an den Ortsein- und Ausfahrten vorausgesetzt. Bereits 1996 wurde im Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr in Bayern festgelegt, dass dem öffentlichen Personennahverkehr bei Ausbau und Finanzierung Vorrang vor dem motorisierten Individualverkehr eingeräumt werden soll. Mehr als 20 Jahre nach Verabschiedung des Gesetzes verdeutlicht der auch bei uns schon spürbare Klimawandel die Notwendigkeit einer echten Verkehrswende.

Ähnlich ist die Lage bei der eher tangential zu Erlangen verlaufenden Verbindungstrecke Forchheim – Eschenau. Hier wurde stets angeführt, dass die derzeitige St 2243 durch höhenbegrenzte, historische Innerorts-Tore verlaufe, was nur mit einer Umfahrung zu beseitigen sei. Gerade hier aber blieb die so genannte Null-Variante unmittelbar vorbei am historischen Ortskern unbetrachtet. Für diese haben Bürger der Bürgerinitiative MUNK e. V. aus Neunkirchen in einer so genannten „Gefährdungsstudie“ Möglichkeiten eines diesen Kern umfahrenden Straßenzugs dargelegt. Diese zeigt auf 146 Seiten, wo Gefährdungsstellen liegen und wie diese mit einfachen Mitteln aufzulösen sind. Ferner werden Ausführungen zur generellen Entschleunigung und zur Lärmreduzierung gemacht. Dem Staatlichen Bauamt Bamberg ist diese Unterlage im Rahmen der 1.400 Einwendungen zugegangen. Eine Alternative zur Umfahrung ist somit auch hier vorhanden.

Insgesamt würde der Bau der genannten Umfahrungen nicht nur den Individualverkehr fördern, Steuergelder falsch investieren und das Ziel „ÖPNV-Förderung“ konterkarieren, sondern läge weit neben der endlich auch von der Politik erkannten Notwendigkeit, sich in der Realität mit der Verkehrswende zu beschäftigen.

Seit Jahren engagieren sich zahlreiche Bürger im Bemühen um den Erhalt von Natur und Lebensraum mit hoher Wohnqualität. Leider wurde dieser Bürgerwille zu wenig gewürdigt. Auf unser Anliegen, die Aktivitäten zur Realisierung der Umfahrungen aus politischer Sicht zu überdenken, kam aus dem Verkehrsministerium unter ihrer Vorgängerin, Frau Ministerin Ilse Aigner, eine lapidare Standard-Antwort: Man wolle den Arbeiten des Staatlichen Bauamtes Bamberg nicht vorgreifen.

Wir bitten Sie daher, ihre Möglichkeiten zu nutzen, um das jahrelange Hin-und-Her zwischen den Bürgern und dem Staatlichen Bauamt in Anbetracht der hohen Zahl von Einwendungen zu beenden. Die dafür benötigten Steuergelder könnten sinnvoller eingesetzt werden. Ein Einstellen der Planungen wäre ein starkes Signal, dass der Bürgerwille, der durch die vielen Einwendungen eindrucksvoll dokumentiert wurde, anerkannt würde.

Nicht ohne Grund haben bei der letzten Landtagswahl im Oktober 2018 so viele Menschen die „Grünen“ oder die „Freien Wähler“ gewählt. Umwelt- und Klimaschutz, Flächenfraß, Schutz der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und Verkehrswende – das sind die Themen, die uns Bürger bewegen. Hier können Sie durch eine neue Herangehensweise Menschen positiv von einer modernen CSU-Politik überzeugen. Wir würden uns über eine mutige Entscheidung Ihrerseits sehr freuen, die das Ende der Planungen bedeutete.

Sehr geehrter Herr Minister Dr. Reichart, wir bitten Sie um eine klare Stellungnahme zu diesem Thema. Wir bitten Sie um das Gegensteuern zum Klimawandel, um den Erhalt der kleinbäuerlichen Landwirtschaft und um eine tatsächliche Wende in der bisherigen Verkehrspolitik. Über dieses Schreiben hinaus sind wir aber auch gerne jederzeit bereit zu weitergehenden Erläuterungen, auch in ihrem Hause.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Bettina Wittmann BI MUNK e.V.

Esther Schuck, Bürgerinitiative „Umweltverträgliche Mobilität im Schwabachtal“ e.V.

Bernhard Kreissl, Sprecher der IG Landwirte Dormitz

Johannes Zöllner, Sprecher Initiative der Grundstücksbetroffenen gegen die Westumgehung

Bernhard Birnfeld, BUND Naturschutz in Bayern e.V., Ortsgruppe Neunkirchen a.Br. u.U.

Brief geht auch in Kopie an Herrn Thorsten Glauber, Staatsminister für Umwelt und Verbraucherschutz

Anlage

Brief an Frau Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr Ilse Aigner